



# Wie die Armen auf der Strecke bleiben

Handelspolitik  
zwischen **Bilateralismus**  
und **Multilateralismus**

Ein Blick auf die EU, Brasilien und Ghana

 **eed**  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst



**weed**

## Impressum

### **Wie die Armen auf der Strecke bleiben**

#### Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus

#### Ein Blick auf die EU, Brasilien und Ghana

Eine Zusammenfassung von drei Studien, herausgegeben von EED und WEED

#### **Autoren:**

Michael Frein, Klaus Schilder, Peter Fuchs

Wir danken Christina Deckwirth, Stefan Schmalz und Antje Schultheis für ihre Beiträge.

#### **Redaktion:**

Alexis J. Passadakis

#### **Herausgeber:**

##### **Evangelischer Entwicklungsdienst - EED**

Ulrich-von-Hassell-Str. 76  
D-53123 Bonn

Telefon: +49-(0)228-81 01-0

Fax: +49-(0)228-81 01-150

E-Mail: eed@eed.de

Internet: www.eed.de/welthandel

##### **Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung - WEED**

Torstr. 154  
D-10115 Berlin

Telefon: +49-(0)30-275-82 163

Fax: +49-(0)30-275-96 928

E-Mail: weed@weed-online.org

Internet: www.weed-online.org

#### **Karikatur Titel:**

Gordon Stowell, UK - Wir danken dem Zeichner und Christian Aid für die kostenlose Überlassung der Grafik.

#### **Layout:**

Warenform, Berlin

#### **Herstellung:**

DruckVogt, Berlin

Pegasus, Berlin

Gedruckt auf Umweltpapier

Bonn und Berlin, 2005

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Einleitung   | 3  |
| Europäische Union: Freie Fahrt für freien Handel?                    | 4  |
| Die „Gemeinsame Handelspolitik“ der EU und der Einfluss der Konzerne | 4  |
| EU-Handelspolitik - eine ehrgeizige Mehrebenenstrategie              | 5  |
| Dienstleistungen   | 5  |
| Singapur-Themen  | 6  |
| Investitionen  | 6  |
| Öffentliches Auftragswesen   | 7  |
| Landwirtschaft   | 7  |
| Rechte an geistigem Eigentum   | 8  |
| Brasilien: Schlingerkurs am Zuckerhut                                | 9  |
| Sozioökonomische Grundlagen:   |    |
| Das Schwellenland Brasilien im internationalen Handel                | 9  |
| Die Regierung Lula und die neue Handelspolitik Brasiliens            | 9  |
| Exportinteressen vor sozialem Ausgleich                              | 10 |
| Ghana: Mit dem Rücken zur Wand                                       | 11 |
| Die Rolle Ghanas im internationalen Handel                           | 11 |
| Ghana und die EPA-Verhandlungen                                      | 11 |
| Die ökonomischen Interessen der ghanaischen Elite                    | 12 |
| Fazit  | 14 |
| Endnoten   | 15 |



# Einleitung

Mit dem Scheitern der 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún vom 10. bis 14. September 2003 wurde erneut deutlich, dass die Welthandelsorganisation (WTO) nicht die einzige Bühne ist, auf der die zentralen Regeln der Weltwirtschaft ausgehandelt werden. Die Äußerungen führender Vertreter der EU-Bürokratie und der US-Regierung deuteten vielmehr darauf hin, dass diese nunmehr vermehrt bilaterale und interregionale Freihandelsabkommen abschließen wollen, die Themenkomplexe enthalten, die weit über den Stand der Verpflichtungen in der WTO hinausgehen.

Diese Bewegung hin zu Freihandelsabkommen jenseits der WTO wirft für Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und soziale Bewegungen neue Fragen auf, da sie sich bisher meist nur mit der multilateralen Ebene, der WTO, beschäftigt haben. Daher haben der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) einen gemeinsamen Arbeitsprozess verabredet, um die terra incognita bilateraler und regionaler Handelspolitik jenseits der WTO zu erkunden und nach dem Verhältnis bilateraler Abkommen zur multilateralen Ebene in der WTO zu fragen. Dabei lag der Fokus auf der Analyse der Auswirkungen internationaler Handelsabkommen auf arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen.

Als wichtigste Ergebnisse dieser Kooperation entstanden drei Studien. Die erste beschäftigt sich mit der Europäischen Union und ihrer handelspolitischen Strategie von der multilateralen bis zur bilateralen Ebene.<sup>1</sup> In zwei weiteren Untersuchungen wird das Problem unter die Lupe genommen, wie sich diese Geographie der internationalen Han-

delspolitik für Entwicklungsländer darstellt. Der Fall Brasilien demonstriert dabei die Zwänge und Spielräume, denen sich ein Schwellenland gegenüber sieht<sup>2</sup>, während am Beispiel Ghanas aufgezeigt werden kann, dass die Gestaltungsspielräume gerade ärmerer Länder in hohem Maße begrenzt sind.<sup>3</sup>

In allen drei Studien stellen sich immer wieder die gleichen Fragen: Wie ist die Bilateralisierung und Interregionalisierung der globalen Handelsordnung zu bewerten? Handelt es sich um eine negative Entwicklung, da nunmehr nach dem Teile-und-Herrsche-Prinzip die Verhandlungsmacht des Südens gebrochen wird oder besitzen die Regierungen der Dritten Welt jetzt gar bessere Möglichkeiten, die Interessen für eine soziale Entwicklung der einzelnen Länder zu vertreten? Und wie wirken die multilaterale, bilaterale und interregionale Ebene zusammen? Besteht das Ergebnis in einer wechselseitigen Verstärkung oder handelt es sich um getrennte Prozesse?

Ein besonderes Augenmerk gilt den so genannten „WTO-plus“-Regelungen in den verschiedenen Verhandlungsprozessen, also jenen angestrebten oder bereits verankerten Verpflichtungen, die über den WTO-Verhandlungsstand hinausgehen und in vielen Fällen historisch gewachsene Abhängigkeitsmuster zwischen dem industrialisierten Norden und Entwicklungsländern rechtlich festschreiben und vertiefen würden. Das Entscheidungskriterium für die Beurteilung internationaler Handelsregeln - auf welcher Ebene auch immer - ist dabei, ob diese die Chancen für soziale Entwicklung, für Gesundheit, Bildung und ein menschenwürdiges Leben verbessern oder verschlechtern.

# Europäische Union:

## Freie Fahrt für freien Handel?

Die EU und die USA verfolgen ihre handelspolitischen Ziele der Liberalisierung und Deregulierung auf unterschiedlichen Ebenen: Multilateral in der WTO, regional mit verschiedenen Entwicklungsländergruppen und bilateral mit einzelnen Staaten.

Gleich der Fahrt auf einer mehrspurigen vielbefahrenen Autobahn wechseln sie dabei geschickt die Fahrbahnen, um möglichst schnell an das Fahrtziel Freihandel und Sicherung von Konzerninteressen zu gelangen.

### Gegenwärtige bilaterale handelspolitische Prozesse der EU mit Entwicklungsländern

| Länder<br>(Verhandlungsbeginn) | Ziel | Abschluss |
|--------------------------------|------|-----------|
| AKP Staaten (2002)             | EPA  | 2007      |
| ASEAN (2003)                   | TCA  | ?         |
| Golf Kooperationsrat (1990)    | FTA  | ?         |
| Iran (2002)                    | TCA  | ?         |
| Mittelmeerränder (1995)        | FTA  | 2010      |
| Mercosur (2000)                | FTA  | 2006?     |
| Syrien (1998)                  | EMAA | 2004      |

Notes: EMAA - Euro-Mediterranean Association Agreement  
 FTA - Free Trade Area;  
 EPA - (Regional) Economic Partnership Agreement  
 TCA - Trade and Co-operation Agreement

Quelle: EU-Kommission, DG Handel- Juli 2005

### Die „Gemeinsame Handelspolitik“ der EU und der Einfluss der Konzerne

Innerhalb der Europäischen Union erfolgt die interne Abstimmung des handelspolitischen Kurses zwischen den Mitgliedsstaaten im sogenannten 133er-Ausschuss. Dieser ist nach Artikel 133 des EG-Vertrags über die Gemeinsame Handelspolitik benannt und tagt hinter verschlossenen Türen.

Allerdings hat die europäische Wirtschaft – und

hierbei handelt es sich in erster Linie um multinationale Konzerne mit Sitz innerhalb der EU – maßgeblichen Einfluss auf die EU-Handelspolitik. In Brüssel stehen den europäischen Konzernen weit über 1.000 Lobbygruppen sowie hunderte PR-Agenturen und Anwaltskanzleien zu Diensten. Daneben gibt es Dutzende konzernfinanzierter Think Tanks

sowie mehrere hundert EU-Außenstellen einzelner Großunternehmen. Brüssel konkurriert weltweit nur noch mit Washington, D.C. um den Titel der ‚Hauptstadt des Lobbyings‘.

Der Saurier und intellektuelle Vordenker unter den europäischen Lobbyverbänden ist der European Roundtable of Industrialists (ERT). Die Einmischung ins aktuelle tagespolitische Geschehen übernimmt vor allem der europäische Dachverband der Arbeitgeberverbände UNICE (Union des Industries de la Communauté Européenne), der sich selbst als „*Stimme der Wirtschaft in Europa*“ bezeichnet. Mit detaillierten Positionspapieren, zahlreichen Pressemitteilungen und Vorlagen für

Verhandlungsdokumente versucht UNICE direkt zur Positionsbestimmung der EU-Kommission beizutragen. Zum Thema Dienstleistungshandel initiierte der ehemalige europäische Handelskommissar Leon Brittan zu Beginn der Neuverhandlungen des GATS einen eigenen Lobbyverband, das European Services Forum (ESF). Die europäische Agrarindustrie findet ihre Interessen unter anderem bei der CIAA (Confédération des industries agro-alimentaire de l'UE) vertreten, die Lobbyarbeit für Lebensmittelmultis wie Unilever, Nestlé und Danone leistet.

**Brüssel konkurriert weltweit nur noch mit Washington, D.C. um den Titel der ‚Hauptstadt des Lobbyings‘.**

## EU-Handelspolitik - eine ehrgeizige Mehrebenenstrategie

Für die EU steht außer Frage, dass regionale und bilaterale Abkommen im wirtschaftlichen Interesse europäischer Unternehmen liegen. Auch die deutsche Bundesregierung sieht in der Existenz regionaler Freihandelsabkommen keine Gefahr für das

multilaterale Welthandelssystem, sondern eine im ökonomischen Interesse sinnvolle Ergänzung des multilateralen Handelssystems, um nach dem Scheitern von Cancún „nicht nur ein WTO-plus, sondern ein Doha-Plus-Ergebnis“ zu erzielen.

## Dienstleistungen

Neben dem multilateralen GATS umfassen nahezu alle bilateralen Handelsabkommen der EU Bestimmungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen. Ein Vergleich zeigt, dass praktisch alle Abkommen den Regeln des GATS-Abkommens Art. V(1) folgen, die für bilaterale Integrationsabkommen weitergehende Reduktionsverpflichtungen verlangen. GATS Art. V(1) fordert zudem von regionalen Freihandelsabkommen, die Dienstleistungen beinhalten, eine umfassende Sektordeckung sowie die Abschaffung aller wesentlich „diskriminierenden

Maßnahmen“, darunter auch soziale und ökologische Regulierung, zwischen den Vertragspartnern. Das GATS selbst hat an dieser Stelle die „WTO-plus“-Verpflichtung quasi eingebaut.

So ist zum Beispiel zu befürchten, dass die AKP-Staaten in den begonnenen EPA (Economic Partnership Agreement)-Verhandlungen zu Liberalisierungszusagen in sensiblen öffentlichen Diensten wie dem Gesundheitswesen oder der Bildung gezwungen werden, die weit über ihre GATS-Verpflichtungen hinausreichen.

## Dienstleistungen: Europäische Forderungen in der WTO und in verschiedenen Regionalabkommen

| WTO  | Mercosur  | AKP-Staaten  | Euro-Med  | ASEAN   | Südafrika   | Mexiko   | Chile  |
|--|---|--|---|---|---|--|--|
| GATS-Abkommen mit Positiv-Liste und progressiver Marktöffnungsverpflichtung - sensible Dienstleistungssektoren können von weiterer Liberalisierung ausgenommen werden. | <b>WTO-plus:</b> Druck zur Aufnahme von Verhandlungen in zusätzlichen Sektoren (Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, Schiffsverkehr und Umweltdienstleistungen) | <b>WTO-plus:</b> Verhandlungen über Dienstleistungen in allen Sektoren spätestens 2006 - Druck zu über GATS hinausreichenden Verpflichtungen | <b>WTO-plus:</b> Generell geringe Liberalisierungstiefe – aber: Potential zu über GATS hinausreichenden Verpflichtungen durch Überprüfung des Liberalisierungsumfangs nach 3-5 Jahren (zum Beispiel Israel, Jordanien, Marokko) | Aufnahme von Verhandlungen im Dienstleistungssektor – Umfang bislang unklar | <b>WTO-plus:</b> Bestätigung der GATS-Verpflichtungen – Aber: Potential zu darüber hinausreichenden Verpflichtungen durch Überprüfung des Liberalisierungsumfangs im Januar 2005. Ziel: Abschaffung aller diskriminierender Maßnahmen | <b>WTO-plus:</b> Verpflichtung zur Aufnahme weiterer Liberalisierungs-Verhandlungen nach Abschluss der WTO-Runde | <b>WTO-plus:</b> Verpflichtung zur kontinuierlichen Überprüfung weiterer Liberalisierungs-Verhandlungen (vor allem bei Finanzdienstleistungen) – Umsetzung der GATS-Sektorabkommen |

### Singapur-Themen

Die sogenannten Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Auftragswesen und administrative Handelserleichterungen) sind, einzeln oder gemeinsam, wesentlicher Bestandteil aller bilateralen Abkommen der EU. Ebenso wie die USA hat die EU nie ihren Verzicht auf die Singapur-

Themen in bilateralen und regionalen Abkommen erklärt. Nach der Ablehnung der Aufnahme von Verhandlungen auf WTO-Ebene durch eine breite Koalition von Entwicklungsländern versucht die EU, diese Themen nun in bilateralen Verhandlungen durchzusetzen.

### Investitionen

Die Forderung der EU und anderer Industrienationen nach Aufnahme von Verhandlungen zur Liberalisierung von Investitionen hat wie kaum ein anderes Thema den Widerstand der Entwicklungslän-

der innerhalb der WTO-Verhandlungen ausgelöst. Dennoch ist die Investitionsliberalisierung Bestandteil vieler bilateralen Handelsabkommen.

## Investitionen: Europäische Forderungen in der WTO und in verschiedenen Regionalabkommen

| WTO   | Mercosur  | AKP-Staaten   | Euro-Med   | ASEAN   | Südafrika  | Mexiko  | Chile   |
|---|---|---|--|---|--|---|---|
| Nach heftigem Widerstand der Entwicklungsländer gegen ein Investitionsabkommen verzichtete die WTO auf die Aufnahme von Verhandlungen | <b>WTO-plus:</b> Weitreichende Investitionsliberalisierung (Inländerbehandlung, Niederlassungsfreiheit), zum Beispiel bei Direktinvestitionen | <b>WTO-plus:</b> Druck zur Aushandlung eines Investitionsschutz-Rahmenabkommens auf der Basis von Nicht-Diskriminierung | <b>WTO-plus:</b> Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie Verweise auf BITS mit EU-Mitgliedsstaaten | <b>WTO-plus:</b> Verhandlungen über stabile, offene, nicht-diskriminierende und transparente Investitionsregeln | <b>WTO-plus:</b> Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie Verweise auf BITS mit EU-Mitgliedsstaaten | <b>WTO-plus:</b> Liberalisierung investitionsverwandter Zahlungen und Kapitalbewegungen sowie Verweise auf BITS mit EU-Mitgliedsstaaten | <b>WTO-plus:</b> Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Schutz ausländischer Investoren, Ausweitung der Inländerbehandlung über Dienstleistungen hinaus |

## Öffentliches Auftragswesen

Die staatliche Auftragsvergabe ist in vielen Entwicklungsländern ein wichtiges Lenkungsinstrument nationaler Wirtschaftspolitik. Die weitere Öffnung der staatlichen Beschaffungsmärkte für europäische Anbieter würde sie eines ihrer wirksamsten wirtschaftspolitischen Förderinstrumente berauben. Die europäische Forderung nach einer

weitreichenden Öffnung der Beschaffungsmärkte des Südens findet sich in vielen regionalen und bilateralen Abkommen. Auch wenn die Forderungen vorerst vor allem auf Transparenz zielen, kann dies als erster Schritt einer umfassenden Marktöffnungsstrategie der EU gesehen werden.

### Öffentliches Auftragswesen: Europäische Forderungen in der WTO und in verschiedenen Regionalabkommen

| WTO  | Mercosur  | AKP-Staaten   | Euro-Med   | ASEAN   | Südafrika   | Mexiko   | Chile  |
|--|---|---|--|---|---|--|--|
| Nach heftigem Widerstand der Entwicklungsländer gegen ein Abkommen über öffentliche Beschaffung verzichtete die WTO auf die Aufnahme von Verhandlungen | <b>WTO-plus:</b> Teilweise Liberalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe - Vorzugsbehandlung für EU-Anbieter | <b>WTO-plus:</b> Neben Transparenz im öffentlichen Auftragswesen Druck zur progressiven Liberalisierung auf der Basis von Nicht-Diskriminierung | <b>WTO-plus:</b> Zum Teil Verhandlungen über gegenseitige Liberalisierung der Beschaffungsmärkte | <b>WTO-plus:</b> Verhandlungen über gegenseitige, offene, nicht-diskriminierende und transparente Beschaffungsverfahren | <b>WTO-plus:</b> Offenes Ausschreibungsverfahren mit periodischer Fortschrittsüberprüfung | <b>WTO-plus:</b> Verhandlungen über gegenseitige Liberalisierung der Beschaffungsmärkte auf der Basis von Nicht-Diskriminierung und Inländerbehandlung | <b>WTO-plus:</b> Verhandlungen über gegenseitige Liberalisierung der Beschaffungsmärkte auf der Basis von Nicht-Diskriminierung und Inländerbehandlung |

## Landwirtschaft

Die Landwirtschaft gehört wegen ihrer Bedeutung für die nationale Ernährungssicherheit und die ländliche Entwicklung zu den sensibelsten Bereichen internationaler Handelsabkommen. Eine schnelle Öffnung der Agrarmärkte in Entwicklungsländern kann infolge der Zunahme landwirtschaftlicher Importe schwerwiegende Folgen für die Existenzsicherung der ländlichen Bevölkerung und marginalisierter Gruppen haben.

Wie in der WTO ist die Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten in vielen bilateralen EU-Abkommen im Vergleich zum Güterhandel beschränkt. Für einige Produkte gewährt die EU in regionalen Abkommen allerdings in begrenztem Umfang Handelskonzessionen durch präferenzielle Zölle und Zollquoten, spezielle Schutzklauseln, Ursprungsregeln und bestimmte flexible Bestimmungen. Gleichzeitig wird ein möglichst umfassender Marktzugang für europäische Agrarexporte angestrebt.

### Landwirtschaft: Europäische Forderungen in der WTO und in verschiedenen Regionalabkommen

| WTO   | Mercosur   | AKP-Staaten   | Euro-Med   | ASEAN                       | Südafrika   | Mexiko  | Chile   |
|---|--|---|--|-----------------------------|---|---|---|
| Agrar-Rahmenabkommen vom Juli 2004 legt Abbau der Exportsubventionen fest, lässt interne Stützungen der EU aber voraussichtlich unangetastet. | <b>WTO-plus:</b> Strikte Quotierung der für die EU sensiblen Export-Produkte Bestandteil der Verhandlungen | <b>WTO-plus:</b> Umfassende Liberalisierungsverpflichtungen Bestandteil der Verhandlungen | Moderate Liberalisierungsverpflichtungen, zum Teil mit turnusmäßiger Überprüfung | Bislang keine Verhandlungen | <b>WTO-plus:</b> Umfassende Liberalisierungsverpflichtungen, Überprüfung nach fünf Jahren | <b>WTO-plus:</b> Umfassende Liberalisierungsverpflichtungen, Überprüfung nach drei Jahren | <b>WTO-plus:</b> Umfassende Liberalisierungsverpflichtungen, Überprüfung nach drei Jahren |

Hinter der EU-Position verbergen sich auch im Agrarbereich aggressive Marktöffnungsinteressen. Während zum Beispiel die gesamten Geflügel-Exporte der EU zwischen 1996 und 2002 um 83% gestiegen sind, verzeichneten die Exporte nach Afrika im gleichen Zeitraum einen explosionsartigen Anstieg um 485%. Mit 79.030 Tonnen stieg damit der

Anteil der Geflügel-Exporte nach Afrika von 5% auf 14,9% des Exportvolumens der EU. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch bei Milch- und Getreideprodukten sowie Zucker. Die offensiven Interessen der EU beschränken sich also nicht auf die Bereiche Dienstleistungen, geistiges Eigentum, Industriegüter und die Singapur-Themen.

## Rechte an geistigem Eigentum

Mit der Betonung der wachsenden Bedeutung einer „nachdrücklichen und wirksamen Umsetzung der geltenden Rechtsprechung“ im Rahmen des TRIPs-Abkommens bestätigt die EU die Befürchtungen vieler Entwicklungsländer, regionale Abkommen

könnten zur Durchsetzung eines weitreichenderen Schutzes geistiger Eigentums- oder, anders gesagt, geistiger Monopolrechte im Interesse der europäischen Agrar- und Pharmakonzerne missbraucht werden.

## Rechte an geistigem Eigentum: Europäische Forderungen in der WTO und in verschiedenen Regionalabkommen

| WTO  | MERCOSUR  | AKP-Staaten  | Euromed  | ASEAN   | Südafrika   | Mexiko  | Chile   |
|--|---|--|--|---|---|---|---|
| Klärung der Flexibilität in Hinblick auf das TRIPs-Abkommen und das öffentliche Gesundheitswesen | <b>WTO-plus:</b> Zusätzlicher Schutz von geistigen Eigentumsrechten, die an geografische Indikatoren gekoppelt sind | <b>WTO-plus:</b> Weitreichende Auslegung des TRIPs-Abkommen möglich, zum Beispiel hinsichtlich der Patentierungsbestimmungen | <b>WTO-plus:</b> z.T. Verpflichtung zum Schutz geistigen Eigentums auf höchstem internationalen Niveau | Aufnahme von Verhandlungen über intellektuelle und gewerbliche Schutzrechte – Umfang bislang unklar | <b>WTO-plus:</b> Verpflichtung zum Schutz geistigen Eigentums auf höchstem internationalen Niveau, weitere TRIPs-plus Verpflichtungen | <b>WTO-plus:</b> Verpflichtung zum Schutz geistigen Eigentums auf höchstem internationalen Niveau, weitere TRIPs-plus Verpflichtungen | <b>WTO-plus:</b> Verpflichtung zum Schutz geistigen Eigentums auf höchstem internationalen Niveau, weitere TRIPs-plus Verpflichtungen |

Aus Sicht der EU stellen die bilaterale, regionale und multilaterale Ebene der Handelspolitik lediglich unterschiedliche Instrumente dar, um ihre handelswirtschaftlichen Interessen voranzubringen. Diese wiederum bilden die eigentliche Konstante der EU-Handelspolitik, wobei sie offenbar wenig geneigt ist, auf die Interessen der Entwicklungsländer Rücksicht zu nehmen. Beispielsweise bleibt es nach wie vor ein Geheimnis der Brüsseler EU-Bürokratie, warum die afrikanischen Länder Verhandlungen zu den Singapur-Themen im WTO-Rahmen heftig bekämpften und dafür 2003 im mexikanischen Cancún gar eine WTO-Ministerkonferenz platzen ließen, während sie – glaubt man den Brüsseler Beteuerungen – in den regionalen Verhandlungen mit der EU zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) bereitwillig auf dieses Thema zugehen sollen.

Die EU-Handelspolitik widerspricht auf allen Ebenen einer Ausrichtung an den Interessen und Be-

dürfnissen der Entwicklungsländer. Dies zeigt sich sowohl bei der WTO als auch bei bilateralen Abkommen, wo die EU den Entwicklungsländern politisch und finanziell kostspielige Verpflichtungen abringt, die zum Teil weit über die WTO hinausgehen. Diese Analyse trifft auch auf die Verhandlungsprozesse etwa im Rahmen von EPAs zu, die explizit entwicklungspolitische Ansprüche enthalten. Auch hier ist der harte handelspolitische Kern auf die Interessen der europäischen Exportwirtschaft ausgerichtet, die nach neuen Absatzmärkten und Investitionsmöglichkeiten sucht. Entwicklungspolitik steuert dabei vielfach nicht mehr als die Begleitmusik bei oder muss gar dafür herhalten, Marktöffnungsinteressen zu legitimieren, etwa wenn die Liberalisierung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens als Mittel zur Bekämpfung von Korruption dargestellt wird, und die handfesten Exportinteressen der transnationalen Konzerne aus dem Norden verschwiegen werden.

# Brasilien: Schlingerkurs am Zuckerhut

## Sozioökonomische Grundlagen: Das Schwellenland Brasilien im internationalen Handel

Brasilien zeichnet sich durch eine extrem hohe soziale Spaltung, grassierende Gewalt in den Großstädten und ein außenabhängiges Wirtschaftsmodell aus. Im Südosten existieren die bedeutendsten Industriesektoren Südamerikas, in denen die brasilianische Firma Embraer Kurzstreckenflugzeuge herstellt, transnationale Konzerne wie VW oder Ford Autos produzieren und eine äußerst weit aufgefücherte Konsumgüterindustrie existiert. Gleichzeitig verfügt das Land über eine hoch produktive Landwirtschaft, die nach US-Vorbild funktioniert, hohe

Produktivitätssteigerungen vorweist und Brasilien erfolgreich als Weltmarktführer im Export von Kaffee, Soja(öl), Rindfleisch, Zucker und Orangensaft etabliert hat. Der andere Teil Brasiliens ist bettelarm. Besonders offensichtlich ist die soziale Spaltung im Bereich Landverteilung: Nur ein Prozent der Landbesitzer verfügt über 46% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, während knapp 4,5 Mio. Menschen als landlose Bauern gelten, obwohl 166 Mio. Hektar brach liegen.

## Die Regierung Lula und die neue Handelspolitik Brasiliens

Brasilien befindet sich seit Mitte der 90er Jahren in einem Spannungsfeld handelspolitischer Initiativen auf multilateraler, interregionaler, intraregionaler und bilateraler Ebene, in denen das Land einerseits eigene Exportinteressen vertreten will, andererseits aber Regelungen drohen, die die politischen Gestaltungsmöglichkeiten angreifen und zu negativen sozialen und ökologischen Konsequenzen führen können.

Zwar ist die interne Wirtschaftspolitik Brasiliens auch unter der neuen Mitte-Links-Regierung, der seit Januar 2003 Präsident Lula vorsteht, weiterhin finanzpolitisch auf Austerität hin ausgerichtet, doch außen- und handelspolitisch geht Brasilien seither neue Wege:

- Brasilien ist ein führender Akteur in der so genannten G20-Gruppe von Entwicklungsländern in der WTO und stellt sich den Agenden von EU und USA im Agrarbereich entgegen.
- Die Verhandlungen um eine panamerikanische Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) wurden unter anderem nach dem Widerstand Brasiliens gegen die weitreichende WTO-plus-Strategie der USA vorerst beendet.
- In den Verhandlungen um ein EU-MERCOSUR-Assoziierungsabkommen machte Brasilien – auch

aufgrund eigener offensiver Agrarexportinteressen – zwar bislang schon einige Zugeständnisse an die EU (zum Beispiel bei der Öffnung der heimischen Dienstleistungsmärkte), ließ aber bislang noch keinen Vertragsabschluss zu.

- Ferner sind unter der Regierung Lula erste Ansätze zu einer stärkeren Süd-Süd-Kooperation erkennbar, die unter anderem in der Erweiterung und dem Umbau der südamerikanischen Freihandelszone MERCOSUR (Mercado Común del Sur), in Handelsabkommen mit Südafrika, Indien und China sowie in der Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von kleineren Dritte-Welt-Staaten bestehen.

Sowohl die Verhandlungen auf der multilateralen Ebene der WTO als auch auf der interregionalen Ebene (ALCA, EU-MERCOSUR) drohen die politische Handlungsfähigkeit und Entwicklungsperspektive Brasiliens einzuschränken. Denn in den geplanten Verträgen werden die Investitions- und Exportinteressen der transnationalen Unternehmen der Industriestaaten bedient – gerade die arme Bevölkerung Brasiliens droht auf der Strecke zu bleiben. Denn Zollsenkungen öffnen neue Märkte für Exporte, Dienstleistungs-

Sowohl die interregionalen als auch die multilateralen Verhandlungen drohen die Handlungsfähigkeit Brasiliens einzuschränken.

und Investitionsliberalisierungen fördern einen Ausverkauf der Unternehmen der Entwicklungsländer und marktkonforme Regelungen zur Vergabe von staatlichen Aufträgen rauben der öffentlichen Hand die Möglichkeit, eine entwicklungsfördernde Industriepolitik zu betreiben. Die Folgen dieser „corporate agenda“ in der Handelspolitik bestehen in der Festschreibung der extrem tiefen sozialen Spaltung, in weiterem ökologischem Raubbau und in der Verschärfung der Außenabhängigkeit Brasiliens.

Die verhandelten Abkommen (ALCA und EU-MERCOSUR) gehen weit über den Status Quo der

WTO-Regelungen und damit auch über Handelsabkommen im eigentlichen Sinne hinaus. Auf interregionaler Ebene findet sich eine Themenpalette wieder, die Zollsenkungen für Industrie- und Agrargüter, die Liberalisierung des Dienstleistungshandels, geistige Eigentumsrechte und die Singapurthemen umfasst. Gleichzeitig haben die EU und die USA bereits neue bilaterale Verträge mit den Nachbarn Brasiliens (EU-Chile, USA-Uruguay, usw.) begonnen oder bereits abgeschlossen und setzen das Land auf diese Weise zusätzlich unter Druck.

## Exportinteressen vor sozialem Ausgleich

Die brasilianische Regierung sieht sich in diesem Spannungsfeld neben externen Zwängen einem widersprüchlichen Ringen interner sozialer Gruppen ausgesetzt: Gerade das brasilianische Agrobusiness und Teile der Industrie setzen offensive Exportinteressen auf die politische Agenda, während soziale

Gerade das brasilianische Agrobusiness und Teile der Industrie setzen offensive Exportinteressen auf die politische Agenda.

Bewegungen, Gewerkschaften und einige Industriesektoren defensive Schutzinteressen vertreten. Die brasilianische Außenhandelspolitik der Mitte-Links-Regierung gleicht dabei einem Schlingerkurs um die Art und Weise der Weltmarkteinbindung. Zwar brachte die Regierung Lula sowohl das EU-MERCOSUR-Abkommen als auch die ALCA

vorerst zum Stillstand, aber auf der Ebene der WTO könnte sie sich durch Agrarexportmöglichkeiten ködern lassen und mit der G20-Gruppe zu einem Kompromiss mit den USA und Europa bereit sein. Dem wiederum stehen Grundzüge einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation gegenüber. Hier sind insbesondere die Schritte zum Aus- und Umbau des MERCOSUR zu einem eigenständigen Machtblock wichtig, der stärker soziale Belange berücksichtigen und ganz Südamerika umfassen könnte. Auch die Forcierung

der bilateralen Handelsverträge mit anderen Entwicklungsländern ist Bestandteil der außenwirtschaftlichen Agenda einer stärkeren Süd-Süd-Kooperation der Regierung Lula.

Der handelspolitische Schlingerkurs am Zuckerhut reflektiert einerseits den Versuch, die Möglichkeiten eines Schwellenlandes und einer weltpolitischen Mittelmacht gegenüber den großen Wirtschaftsmächten EU und USA tatsächlich auch für eigene Interessen zu nutzen. Diese Möglichkeiten können sogar erweitert werden, wenn es gelänge, Süd-Süd-Kooperation zu stärken und zu stabilisieren. Andererseits stellen die innenpolitischen Macht- und Interessenkoalitionen und selbstredend der Druck der großen Handelsmächte begrenzende Faktoren dar.

Tatsächlich ergeben auch aus brasilianischer Perspektive die unterschiedlichen Verhandlungsebenen, von bilateral über regional bis multilateral, erst zusammen betrachtet ein vollständiges Bild. Die ökonomische und politische Stärke Brasiliens lässt dabei keine den Industrieländern vergleichbare, nämlich in allen Bereichen offensive, Rolle zu, sondern ist auf Koalitionen angewiesen. Andererseits jedoch ist Brasilien dem Druck der Industrieländer weniger hilflos ausgeliefert als viele andere ärmere Staaten.

# Ghana: Mit dem Rücken zur Wand

## Die Rolle Ghanas im internationalen Handel

Für Ghana ist, wie für die meisten AKP-Staaten auch, die EU mit etwa 52% Außenhandelsanteil der wichtigste Handelspartner. Ghana führt nach fast 50jähriger Unabhängigkeit vor allem Kakao, Gold sowie tropische Hölzer in die EU aus. Der regionale Handel mit den ECOWAS-Nachbarländern ist dagegen schwach ausgeprägt, ins größte Nachbarland Nigeria fließen lediglich 5% der Exporte.

Zudem leidet Ghana unter der aggressiven Exportstrategie der EU. Hoch subventionierte Importe gefrorener Hühnerteile aus der EU haben für viele Geflügelzüchter den Verlust der Existenzgrundlage zur Folge gehabt. Versuche der ghanaischen Regierung, durch eine Verdopplung der Importzölle dieser eklatanten Schieflage kurzfristig entgegenzutreten, mussten auf Druck von IWF und Weltbank beendet werden.

Hier wird deutlich, dass Ghana der EU und den USA in internationalen Handelsverhandlungen, wie auch den internationalen Währungsinstitutionen IWF und Weltbank, wenig politisches Gewicht entgegenzusetzen hat. Das Land gilt vielmehr seit Jahrzehnten als neoliberaler Musterschüler, der bereitwillig und zur Sicherung der kontinuierlichen Finanztransfers aus dem Norden auf ein eigenes politisches Profil verzichten muss. Trotzdem gerät Ghana immer wieder in politische Interessenskonflikte zwischen den Anforderungen einer an ländlicher Grundversorgung, Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung orientierten nationalen

Handelspolitik einerseits und der makroökonomischen Konditionalitätenschraube der internationalen Gebergemeinschaft andererseits.

Ghana ist, wie viele andere Staaten in Afrika auch, in seiner Außenhandelspolitik in eine komplexe Mehrebenen-Strategie gegenüber den Industrienationen eingebunden. Neben den laufenden Verhandlungen innerhalb der WTO und der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Economic Community Of West African States, kurz ECOWAS) unterhält Ghana bilaterale Wirtschaftsbeziehungen mit den USA im Rahmen des sogenannten African Growth and Opportunity Act (AGOA) und steht in Verhandlungen mit der EU über den Abschluss neuer Freihandelsabkommen, den sogenannten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (Economic Partnership Agreements, kurz EPAs). Diese Handelsabkommen berufen sich einerseits auf das WTO-Regelwerk, geht aber andererseits auch weit über die Themen der jetzigen WTO-Runde hinaus (WTO plus). Das Verpflichtungsniveau der WTO bildet nur die untere Messlatte, an der neue Abkommen Ghanas oder der Region gemessen werden. Ghana findet sich damit quasi in einer politischen Zangenbewegung zwischen Multilateralismus und Bilateralismus internationaler Handelspolitik.

**Ghana leidet, wie seine Nachbarländer, unter der aggressiven Exportstrategie der EU.**

## Ghana und die EPA-Verhandlungen

Von herausragender Bedeutung auf der bilateralen Ebene sind die seit Oktober 2003 laufenden EPA-Verhandlungen zwischen der ECOWAS und der EU. Diese sehen den Abschluss eines regionalen Freihandelsabkommen bis Ende 2007 vor. Der EU ist es bislang gelungen, alle in ihrem Mandat ins Spiel gebrachten Themen - einschließlich der kontroversen Themen Investitionen und Wettbewerb - auf der Agenda zu halten. Die ECOWAS hat wiederholt verlangt, die Verhandlungen zunächst auf die Prioritäten einer eigenen regionaler Integration, darunter

die Harmonisierung des Zollverkehrs, der technischen Standards und des erleichterten Warentransits, zu konzentrieren und keinesfalls die komplette Liste der von der EU gewünschten Themen zu verhandeln. Selbst eine von der EU in Auftrag gegebene Studie zur Nachhaltigkeitsverträglichkeit schloss nicht aus, dass ein EPA zum Zusammenbruch der gesamten westafrikanischen verarbeitenden Industrie führen könnte.

Doch dies ficht die EU offenbar nicht an. Mit dem Festhalten an einer ehrgeizigen Agenda zur

Marktöffnung ordnet sie das Schicksal der Armen in Westafrika den eigenen Exportinteressen unter. Die Klärung der Frage, ob einzelne Bereiche der breiten politischen Speisekarte - die von den Singapur-Themen über die Rechte an geistigem Eigentum bis zum Handel mit Dienstleistungen reicht - tatsächlich der Verringerung der Armut in Westafrika dienen und damit entwicklungspolitisch sinnvoll sein mögen, erscheint dabei fast von nachgeordneter Bedeutung. Das Beispiel Ghana legt nahe, dass eine Neuorientierung der europäischen Handelspolitik insgesamt nötig ist, um das eklatante Missverhältnis zwischen den entwicklungspolitischen Anstrengungen der

EU einerseits und ihrer Handelspolitik andererseits zu ändern.

Ähnlich verhält es sich auch im ghanaischen Außenhandel gegenüber den USA: AGOA, das handelspolitische Gegenstück zu den europäischen EPA, hat sich durch seine strikten Ursprungsregeln für Ghana und andere afrikanische Staaten zu einer wirtschafts- und außenpolitischen Daumenschraube entwickelt anstatt den Exportmarkt wesentlich zu beleben. Es ist das offensichtliche US-amerikanische Konkurrenzmodell zu den EPA. Und beide versuchen, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung afrikanischer Staaten zu unterminieren.

## Die ökonomischen Interessen der ghanaischen Elite

Ghana selbst hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2012 eine exportorientierte und an neoliberalen Vorgaben orientierte Industrialisierung einzuleiten, aber gleichzeitig den Aufbau einer eigenen binnenorientierten Industrie, die den wachsenden Importen entgegentreten kann, voranzutreiben. Die Fixierung auf den Export führt aber zwangsläufig zur Vernachlässigung einheimischer und regionaler Märkte, das Werben um ausländische Investoren opfert eine auf Entwicklung heimischer Märkte bedachte Wirtschaftspolitik.

Das Werben um ausländische Investoren opfert eine auf die Entwicklung heimischer Märkte bedachte Wirtschaftspolitik.

Zudem wird gerade die arme Landbevölkerung, in der überwiegenden Mehrzahl Frauen, zu den Verlierern einer solch einseitigen Politik gehören. Die ghanaische Regierung scheint dabei auszublenken, dass die Bevölkerungsmehrheit im exportfernen informellen Sektor oder der subsistenzorientierten kleinbäuerlichen Landwirtschaft arbeitet. Dies weist auf den unmittelbar bestehenden Widerspruch einer auch von den Eliten des Landes befürworteten neoliberalen Deregulierung und Liberalisierung im Rahmen von regionalen Freihandelsabkommen und den Zielen einer an der Verwirklichung umfassender menschlicher Grundrechte orientierten nationalen Armutsbekämpfungsstrategie hin. Zu den Gewinnern wirtschaftlicher Deregulierungsprojekte auf multilateraler und bilateraler Ebene gehören in Ghana denn auch die ökonomischen Eliten und eine gebildete Mittelklasse sowie vielfach ausländische Investoren, die unter geeigneten Investitionsbedingungen schnelle Profite aus dem Export von Agrar-

produkten und Rohstoffen ziehen können.

Ghana ist unterwegs auf einem Zickzackkurs zwischen multilateralen und bilateralen Handelsprojekten, die das Land vor vielfältige und widersprüchliche Herausforderungen stellen. Insbesondere die EPA-Verhandlungen mit der EU setzten die westafrikanischen Staaten derzeit unter Zugzwang. Die Vorgaben der im Abkommen von Cotonou garantierten entwicklungspolitischen Partnerschaft mit der EU werden durch einseitig an wirtschaftlichen Gewinninteressen orientierten Abkommen unterlaufen. So hat im März 2005 die Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA) in einer kritischen Analyse gefordert: *„EPAs sollten auf den Ausbau des innerafrikanischen Handels abzielen. Zum Aufbau der nötigen Konkurrenzfähigkeit ist es erforderlich, dem Prozess regionaler Integration genügend Zeit einzuräumen. Dieser Prozess muss zudem durch umfangreiche Entwicklungsprogramme begleitet werden, um die Angebotskapazitäten der wachsenden Märkte zu erhöhen und die Produktionspaletten zu erweitern“.*

Die westafrikanische Zivilgesellschaft hat EPA wiederholt wegen ihrer mangelnden Entwicklungsorientierung scharf kritisiert und ein Ende der derzeitigen Verhandlungen gefordert. Zukünftige regionale Handelsabkommen, an denen Ghana beteiligt ist, sollten vielmehr einer entwicklungspolitischen Partnerschaft dienen, die an den Interessen einer nachhaltigen regionalen Entwicklung, dem Schutz der einheimischen Produzenten und der Wahrung nationaler Politikspielräume orientiert ist. Entscheidend ist, dass die multilaterale und regionale Handlungssagenda Ghanas als Gesamtsystem wirtschaftlicher

Abhängigkeiten und Zwänge gegenüber wesentlich potenteren Handelspartnern verstanden und interpretiert wird. Dass die ökonomische Elite in Ghana selbst daran arbeitet, diese Struktur zu verfestigen, ist für die Armutsbekämpfung keine gute Nachricht. Entscheidend bleiben jedoch die außenpolitischen

Determinanten. Auf allen Ebenen internationaler Handelspolitik – gleichsam den Fahrbahnen neoliberaler Globalisierung – ist Ghana mit ähnlichen Herausforderungen und Zwängen konfrontiert. Entwicklungspolitische Spielräume drohen dabei noch weiter unter die Räder zu kommen.

# Fazit

Die WTO ist nicht das kleinere Übel, sondern seit ihrer Gründung ein zusätzlicher Baustein in der Strategie der mächtigen Industrieländer.

Die bilaterale und regionale Bühne ist für Armutsbekämpfung und Entwicklung mindestens ebenso bedrohlich wie die multilaterale Ebene der WTO. Dabei sind die Spielräume von ökonomisch stärkeren Ländern wie Brasilien erheblich größer als die kleinerer Länder wie etwa Ghana. Allerdings müssen vorhandene Spielräume auch genutzt werden, wenn sie tatsächlich der Bekämpfung der Armut und Entwicklungsanliegen dienen sollen. Ghana als Musterschüler des IWF lässt hier sicherlich mehr Wünsche offen als der derzeitige handelspolitische Kurs der brasilianischen Regierung – wobei allerdings auch diese nicht davor gefeit ist, insbesondere

im Agrarbereich dem Drängen wirtschaftlicher Interessengruppen nach einer globalen Liberalisierung des Agrarhandels auf Kosten der Kleinbauernfamilien nachzugeben.

Auf der anderen Seite sind es die starken Handelsmächte, die die Richtung bestimmen. Die Defizite der nationalen Akteure, entwicklungs- und armutspolitisch in verantwortlicher Weise zu handeln, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU und die USA auf allen Ebenen der internationalen Handelspolitik darauf drängen, die Spielräume der nationalen Wirtschaftspolitik – und damit auch einer entwicklungs- und armutsorientierten Politik – immer stärker einzuengen. Die globale Marktöffnungsagenda der Industrieländer erstickt eine Wirtschaftspolitik, die sich an den jeweiligen nationalen Stärken und Schwächen orientieren könnte.

Gerade auch die EU-Strategie ignoriert die spezifischen Bedingungen und Probleme schwächerer Handelspartner: Die Analyse zeigt, dass es lediglich eine einzige handelspolitische Agenda gibt, die überall und immer auf Marktöffnungen drängt – mit der gewichtigen Ausnahme der eigenen Landwirtschaft. Die Marktöffnung darf dann aus Sicht des

stärkeren Handelspartners auch gerne gegenseitig sein, denn die wirtschaftliche Konkurrenz der Handelspartner in Afrika und Lateinamerika, aber auch in Asien, ist nicht wirklich zu fürchten. Unter dem Strich überwiegt der Nutzen – zumindest für jene Teile der europäischen Wirtschaft, die selbst globale Akteure sind und ihre ökonomische Stärke politisch einzusetzen wissen, indem sie als mächtige Lobby bei der EU-Kommission und bei nationalen Regierungen erfolgreich für offene Märkte werben.

Entwicklungspolitik kommt dabei bestenfalls am Rande vor – teils als Begleitmusik, teils in legitimierender Funktion. Wer erwartet hat, dass regionale oder bilaterale Abkommen gegenüber der multilateralen Ebene eher geeignet wären, in differenzierter Weise auf die Entwicklungsinteressen der Handelspartner der EU einzugehen, der muss sich getäuscht sehen. Vielmehr zeugen die zahlreichen WTO-plus-Ziele und Vereinbarungen davon, dass bilaterale und regionale Verträge dazu konzipiert sind, einer weiteren Durchsetzung der Freihandelsdoktrin auf multilateraler Ebene den Weg zu ebnet.

Deshalb führt das hohe Lied von den Segnungen des Multilateralismus in die Irre. Tatsächlich ist die WTO nicht das kleinere Übel, sondern seit ihrer Gründung ein zusätzlicher Baustein in der Strategie der mächtigen Industrieländer, ihre Agenda durchzusetzen. Denn es geht nicht um die Alternative zwischen WTO und bilateralen oder regionalen Handelsverträgen. In der Praxis besteht nämlich keine Wahlmöglichkeit, wie die Vielzahl parallel laufender Verhandlungen zeigt.

Erforderlich ist somit eine grundsätzliche Neuausrichtung: Hin zu einer Handelspolitik, die der Armutsbekämpfung und globaler sozialer Gerechtigkeit dient und dies auf allen Ebenen. Denn tatsächlich ist die Alternative zur derzeitigen Handelspolitik nicht auf unterschiedlichen Ebenen zu finden. Es geht um die grundsätzliche Orientierung.

# Endnoten

- 1 Klaus Schilder, Christina Deckwirth, Peter Fuchs, Michael Frein: Freie Fahrt für freien Handel? Die EU-Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus (Hg.: EED, WEED) Bonn, Berlin 2005
- 2 Stefan Schmalz, Peter Fuchs: Schlingerkurs am Zuckerhut. Brasiliens Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus. (Hg.: EED, WEED) Bonn, Berlin 2005
- 3 Klaus Schilder, Antje Schultheis. Mit dem Rücken zur Wand. Ghanas Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus. (Hg.: EED, WEED) Bonn, Berlin 2005



## Freie Fahrt für freien Handel?

Die EU-Handelspolitik zwischen **Bilateralismus** und **Multilateralismus**

- Wie sieht die Freihandelsagenda der EU aus?
- Mit welchen Ländern und Regionen hat die EU bilaterale Handelsverträge?
- Wie verhalten sich diese zu den multilateralen Verhandlungen auf WTO-Ebene?



Eine Broschüre von EED und WEED zum Zusammenspiel der multilateralen mit der bilateralen Ebene in der EU-Handelspolitik. - Bezug bei EED und WEED

## Schlingerkurs am Zuckerhut

Brasiliens Handelspolitik zwischen **Bilateralismus** und **Multilateralismus**

- Das Schwellenland Brasilien im internationalen Handel
- Die Regierung Lula und die neue Handelspolitik Brasiliens
- Brasilien in internationalen Handelsabkommen



Eine Broschüre von EED und WEED zum Zusammenspiel der multilateralen mit der bilateralen Ebene in der Handelspolitik Brasiliens. - Bezug bei EED und WEED

## Mit dem Rücken zur Wand

Ghanas Handelspolitik zwischen **Bilateralismus** und **Multilateralismus**

- Die sozioökonomische Struktur Ghanas
- Ghana zwischen regionaler Integration und wirtschaftlicher Öffnung
- Ghana in internationalen Handels- und Investitionsabkommen



Eine Broschüre von EED und WEED zum Zusammenspiel der multilateralen mit der bilateralen Ebene in der Handelspolitik Ghanas. - Bezug bei EED und WEED

Internationale Handelspolitik wird nicht nur im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) gestaltet – daneben gibt es zahlreiche bilaterale Handelsabkommen. Sind diese unabhängig von der WTO zu sehen, stehen sie dazu in einem Konkurrenzverhältnis, oder stellen sie vielmehr eine Ergänzung der multilateralen Ebene in der WTO dar?

Diesen Fragen sind WEED und EED in einem gemeinsamen Studienprozess anhand der bilateralen und regionalen Handelsabkommen der Europäischen Union, Brasiliens und Ghanas nachgegangen. Die vorliegende Broschüre fasst die Ergebnisse zusammen.